

POLITIK AKTUELL

Ausgabe 3/2009
27.03.2009

Informationen aus Berlin, Dresden
und der Region

Editorial

Liebe Parteifreunde, liebe
Mitreiter, sehr geehrte
Damen und Herren!

Im Koalitionsausschuss am 4. März 2009 konnten die Koalitionsfraktionen in entscheidenden Punkten Einigung erzielen. Dies betrifft insbesondere grundlegende Fragen zur **Regelung der Managervergütung**. Hier hat die Unionsfraktion eine scharfe Trennlinie gezogen. Sie hat sich auf der einen Seite für eine deutlich stärkere Verantwortung von Aufsichtsrat und Vorstand, für größere Transparenz und klarere Trennung von Vorstand und Aufsichtsrat eingesetzt; auf der anderen Seite hat sie gesetzliche Eingriffe in private Gehaltsvereinbarungen und systemwidrige Beschränkungen beim Betriebsausgabenabzug verhindert.

So hat der Aufsichtsrat bei der Festsetzung der Gesamtbezüge des einzelnen Vorstandsmitglieds künftig dafür zu sorgen, dass diese in einem angemessenen Verhältnis zu den Aufgaben und Leistungen des Vorstandsmitglieds, zur Lage der Gesellschaft und der üblichen Vergütung stehen.

Aktioptionen sollen in Zukunft frühestens nach vier und nicht, wie bisher, nach zwei Jahren eingelöst werden können. Weiter soll bei Publikumsgesellschaften der gesamte Aufsichtsrat die letzte Entscheidung über Vorstandsverträge treffen.

Noch offene Fragen werden in einer Arbeitsgruppe der Koalitionsfraktionen weiter diskutiert. Dabei wird sich die Unionsfraktion für eine Verringerung der Anzahl gleichzeitig wahrnehmbarer Aufsichtsratsmandate und für eine Verkleinerung der Aufsichtsräte einsetzen.

Weiterhin hat die Unionsfraktion die **Agrardieselbeihilfe** für kleinere Landwirtschaftsbetriebe verbessert und in der Koalition vereinbart, dass die Bundesländer den Landwirten in eigener Kompetenz den sogenannten Selbstbehalt erstatten können und dafür Rückzahlungen aus dem europäischen Agrardieseltopf bekommen. Mit der

Einigung im Wasser- und Naturschutzrecht wird auf Initiative der Union die einmalige Möglichkeit genutzt, ein bundesweit einheitliches und moderneres Umweltrecht zu schaffen. In den Verhandlungen zwischen den Koalitionsparteien ist es dabei gelungen, Lösungen zu finden, die die Belange des Umweltschutzes und diejenigen einer modernen Industriegesellschaft berücksichtigen. Dieser Ausgleich zwischen Ökologie und Ökonomie ist eines der Grundanliegen der Unionsparteien.

Ihr und Euer



In dieser Ausgabe:	
SGB II-Reform – Sorgfalt vor Schnelligkeit	2
Michael Luther erhält das Bundesverdienstkreuz	2
Mehr Geld für die Abwrackprämie	3
Bund muss Schienenstrecke Dresden-Prag in Bundesverkehrswegeplan aufnehmen	5
Vorgestellt: Dr. Thomas Beierlein	6
20 Jahre Friedliche Revolution: Stadtarchiv Zwickau bittet um Ihre Mithilfe	7
Impressum & Termine	8

Das Bundesarbeitsministerium hat jetzt angekündigt, die vertragliche Absicherung der derzeit bestehenden Arbeitsgemeinschaften (Argen) bis 2010 zu gewährleisten.

Damit ist sichergestellt, dass Arbeitssuchende gerade in diesen schwieriger werdenden Zeiten auch zukünftig kompetent betreut und beraten werden. Zugleich zeigt diese Ankündigung, dass der Vorwurf gegenüber der CDU/CSU-

Bundestagsfraktion, ihre Ablehnung des bestehenden Kompromissvorschlags führe zu organisatorischen Problemen, völlig unbegründet war. Das Bundesverfassungsgericht hat uns in seiner Entscheidung mit einer Umsetzungsfrist bis zum 31.12.2010 ausreichend Zeit gegeben, zu einem tragfähigen und vor allem verfassungskonformen Umbau der momentanen Mischverwaltung zu kommen.

Der vorliegende Kompromiss würde nicht nur den Aufbau von 370 neuen Behörden und einen hohen bürokratischen Mehraufwand nach sich ziehen, sondern auch den eigentlichen Auftrag des Bundesverfassungsgerichtes in Verbindung mit der erforderlichen Neuregelung verfehlen. Es ist widersinnig und dem Umgang mit der Verfassung nicht angemessen, auf die Kritik des Bundesverfassungsgerichts mit einer Verfassungsänderung

zu reagieren, die genau diese nicht verfassungskonforme Mischverwaltung dauerhaft festschreiben will.

Stattdessen setzt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf eine transparente Lösung, die den Grundsätzen der Föderalismusreform I, dem Demokratieprinzip, dem Selbstverwaltungsrecht der Kommunen und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts entsprechen muss.

Michael Luther erhält das Bundesverdienstkreuz

Folgendes Zitat aus der Begründungsformel des Bundestagspräsidenten verdeutlicht, warum der direkt gewählte Abgeordnete aus dem Wahlkreis 166 (Zwickau) das Verdienstkreuz erhalten hat: „Der Bundestag benötigte nach der Wiedervereinigung einen unmittelbaren Kenner der Verhältnisse in der ehemaligen DDR und vor allem jemanden, der wesentlich mit dazu beitragen konnte, sozialverträgliche Lösungen zu finden.“

Diese Aufgabe ist dem Abgeordneten Dr. Michael Luther übertragen worden. Hier war besonderes Fingerspitzengefühl gefragt. Er war in der Zeit der Gesetzgebung des Schuldrechtsanpassungs- und des Sachenrechtsbereinigungsgesetzes der einzige Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der aus den neuen Bundesländern stammte. Bemerkenswert war zudem, dass er sich als Nichtjurist im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages hohes Ansehen erworben hat.“ Neben diesen Verdiensten auf Bundesebene wird Michael Luther aber auch für sein soziales und kulturelles Engagement in seinem Wahlkreis ausgezeichnet.

So ist Luther Präsident des Landesverbandes Kinder- und Jugendholungszentren Sachsen e.V. (KIEZ e.V.), in denen sich jedes Jahr über 80.000 Kinder und Jugendliche erholen. Anlässlich des 150. Todestages des Komponisten Robert Schumanns, des berühmtesten Sohnes der Stadt Zwickau, organisierte Michael Luther 2006 eine Ausstellung in der Berliner Landesvertretung des Freistaates Sachsen. Die Ausstellung präsentiert eine Auswahl einmaliger Exponate aus dem Archiv des Zwickauer Robert-Schumann-Hauses, u.a. handschriftliche

Entwürfe des Komponisten.

Vom Geiste des Herbstes`89 geprägt setzt sich Dr. Michael Luther auch heute noch vehement gegen das Vergessen und für das Erinnern der Zeit der SED-Herrschaft in Ostdeutschland ein. So hat er 2008 die Initiative „Bürger für Käbisch“ mitbegründet, um einen örtlichen Pfarrer in einem Verfahren vor dem Landgericht Zwickau finanziell zu unterstützen. In dem Rechtsstreit, der bundesweite Aufmerksamkeit auf sich zog, ging es um die Frage, ob der Klarnamen eines ehemaligen Inoffiziellen Mitarbeiters

des DDR-Staatssicherheitsdienstes (IM) im Rahmen einer historischen Ausstellung öffentlich genannt werden darf.

Dabei geht es Michael Luther nicht um die privaten Interessen von Pfarrer Käbisch sondern vorrangig darum, ob die ehemaligen Stasi-Mitarbeiter im Nachhinein eine Rechtssprechung erreichen, die eine wahrheitsgemäße Aufarbeitung des DDR-Systems verhindern, oder ob die Erfolge der Herbstrevolution sichtbar gemacht werden können.



**Bundestagspräsident Norbert Lammert und Michael Luther
bei der feierlichen Ehrung im Deutschen Bundestag**

Mehr Geld für die Abwrackprämie

570 000 Autos wurden mit der Prämie des Staats verkauft. Der Fördertopf ist so gut wie leer. Jetzt will die Politik nachlegen. Darauf haben sich Bundeskanzlerin und Vizekanzler geeinigt.

Die Abwrackprämie für Altkaros wird aufgestockt. Doch viele Details haben Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) noch nicht festgelegt. Vor allem ist unklar, wie viel zusätzliches Geld die Regierung in die Hand nehmen will. Diese Entscheidung soll erst nach Ostern fallen. „Wir müssen über das Volumen noch nicht entscheiden, weil der Topf noch nicht leer ist“, hieß es in Berlin. Nur eines ist sicher. Über 2009 hinaus soll die Subvention von 2500 Euro je Fahrzeug nicht gewährt werden. Die zusätzliche Summe wird laut Kanzleramt davon abhängen, wann der Fördertopf von 1,5 Milliarden Euro leer ist, also die maximal 600 000 Anträge eingegangen sind. Man würde dann so kalkulieren, dass die Aufstockung maximal bis Jahresende reicht. Dass der Topf bereits im April leer ist, hält man in Regierungskreisen für im Wahrscheinlichen.

Doch Daten des Autohändlerverbands ZDK, legen genau dies nahe. Die Zahl der Kaufverträge für Neu- und Jahreswagen auf Basis der Abwrackprämie ist demnach mittlerweile auf knapp 570 000 gestiegen. Basis der Angaben des ZDK ist eine Umfrage unter den Händlern. Die Ergebnisse zeigen auch, dass die Prämie den Autoherstellern sehr unterschiedlich stark zugute kommt. Der Löwenanteil der zusätzlich ausgelösten Nachfrage entfällt auf die Marke Volkswagen und die ebenfalls zum VW-Konzern gehörende tsche-

chische Marke Skoda. Ebenfalls stark profitieren konnten die rumänische Renault-Billigmarke Dacia sowie Opel, Toyota und Ford. Die Premiumhersteller Audi, BMW, Daimler und Porsche gingen dagegen nahezu leer aus.

Dass der Prämientopf bald ausgeschöpft ist, spiegelt sich in den offiziellen Zahlen des für die Prämie zuständigen Bundesamts für Wirtschaft (Bafa) zwar noch nicht wider: Bei der Behörde wurden bislang erst 350 000 Anträge gestellt. Grund für die Differenz zu den ZDK-Zahlen ist jedoch das Zulassungsverfahren: Bisher müssen die Käufer neben dem Kaufvertrag für das neue Auto auch den Zulassungsnachweis vorlegen. Da die Hersteller jedoch teilweise mit der unerwarteten Zusatznachfrage überfordert sind, vergehen mittlerweile bis zu sechs Monate zwischen Bestellung und Auslieferung.

Vom kommenden Montag an wird jedoch das Verfahren umgestellt. Dann genügt es, den Kaufvertrag vorzulegen, um eine verbindliche Anwartschaft auf die Prämie zu erwerben.

Das geht ab 8 Uhr morgens. Dann wird es spannend. Denn die Zahl der dann auf einen Schlag gestellten Anträge übersteigt möglicherweise die Zahl der aus dem Restvolumen des Prämientopfes auszahlbaren Prämien. Der Ruf nach einer Aufstockung der Prämie dürfte dann schlagartig noch lauter werden, da sonst einige Antragsteller leer ausgehen würden. Da die Anträge per Internet gestellt werden, hat das Bafa in Erwartung des Ansturms seine Großrechnerkapazität vervierfacht.

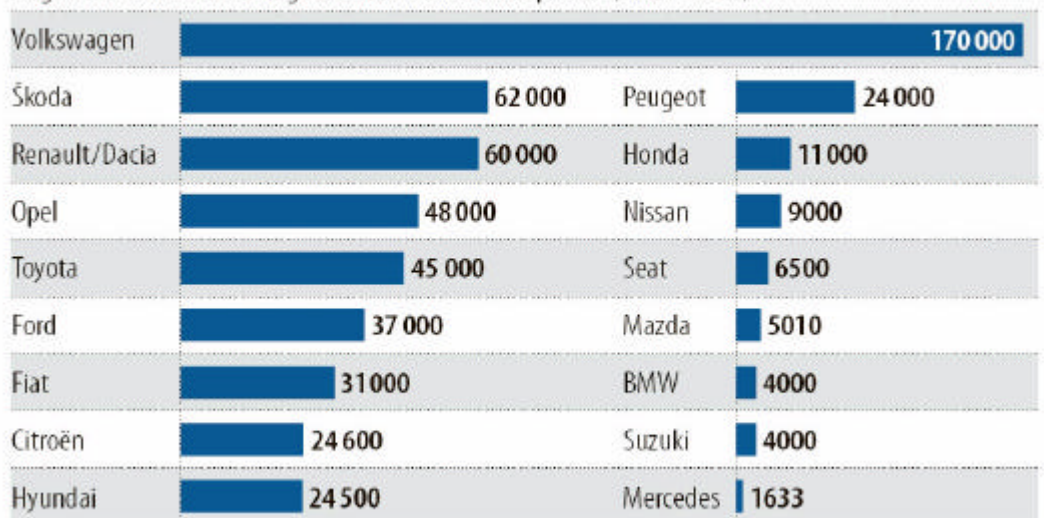
Die Prämie gilt in Kreisen der Politik vor allem aus drei Gründen als Erfolgsmodell. Erstens stützt sie die Konjunktur wie gewünscht schnell und ist zeitlich bis Jahresende begrenzt. Zweitens finanziert sie sich aus Sicht des Staates über die zusätzlich generierten Mehrwertsteuereinnahmen beinahe wie von selbst. Denn die Mehrwertsteuereinnahmen werden - je nach Preis der gekauften Autos auf etwa 1,3 Milliarden Euro geschätzt. Drittens stehen Europa- und Bundestagswahlen an, vor denen kein Politiker sich traut, seinen Wählern Prä-

mien zu missgönnen. Ähnliches spielt sich indes auch im Ausland ab. Wegen des schnellen Erfolgs haben bereits ein Dutzend Länder in Europa eine Prämie oder vergleichbare Kaufanreize eingeführt. In keinem anderen Land ist jedoch der Anreiz so hoch wie der in Deutschland mit 2500 Euro. Hierzulande schnellte deshalb der Auftragseingang im Februar um zwei Drittel hoch.

Es gibt aber auch Probleme mit der Prämie. Denn viele der Autokäufe wären auch ohne Prämie erfolgt und wurden von den Käufern nur vorgezogen, um das Geld einzustreichen. Deshalb muss die Autoindustrie nach Auslaufen der aktuellen oder der nächsten Prämie mit einem umso schlimmeren Absturz der Nachfrage rechnen. Auf dem Inlandsmarkt sorgt die Prämie schließlich für eine bedeutende Zusatznachfrage von 600 000 Autos. Das entspricht etwa 20 Prozent des für dieses Jahr erwarteten Absatzes von 3 Millionen Autos in Deutschland. Quelle: FAZ.net

Wer von der Abwrackprämie profitiert

Abgeschlossene Kaufverträge für Autos mit Umweltpremie (Stand 25.3.2009)



Quelle: Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe

F.A.Z.-Grafik Walter

In zweiter und dritter Lesung wurde in dieser Woche das **Gesetz zur Bekämpfung unerlaubter Telefonwerbung** und zur Verbesserung des Verbraucherschutzes bei besonderen Vertriebsformen verabschiedet. Es ermöglicht dem Verbraucher, sich mittels eines Widerrufs von bestimmten, insbesondere am Telefon geschlossenen Verträgen zu lösen. Dem Verbraucher wird zudem bis zur vollständigen Vertragserfüllung ein Widerrufsrecht bei allen Fernabsatzverträgen über die Erbringung von Dienstleistungen zugestanden, wenn keine ordnungsgemäße Widerrufsbelehrung vorliegt. Verstöße gegen das bestehende Verbot der unerlaubten Telefonwerbung sollen zukünftig mit einer Geldbuße bis zu 50.000 Euro geahndet werden können. Die Unterdrückung der Rufnummer wird generell verboten und ein Verstoß gegen dieses Verbot kann ebenfalls eine Geldbuße nach sich ziehen.

Im Vordergrund des in zweiter und dritter Lesung verabschiedeten Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes steht die Deregulierung und Kostensenkung insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen. Das bewährte HGB-Bilanzrecht wird zu einem Regelwerk ausgebaut, das den internationalen Rechnungslegungsstandards gleichwertig ist, aber kostengünstiger und in der Praxis einfacher zu handhaben ist. Insbesondere soll es dabei bleiben, dass die HGB-Bilanz Grundlage der steuerlichen Gewinnermittlung und der Ausschüttungsbemessung ist.

In zweiter und dritter Lesung wurde das **Erste Gesetz zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes**, das der Verbesserung des Verbraucherschutzes im Telekommunikationsbereich dient, behandelt. Es enthält eine Kompetenzerweiterung der Bundesnetzagentur zur Durchsetzung der EU-Roaming-Verordnung, dient der Einführung von Bußgeldern in

verschiedenen Bereichen sowie der Festlegung von Preisobergrenzen im Rufnummernbereich 0180. Zur **Unterbindung** „untergeschobener Verträge“ wird das Erfordernis der Textform für Kündigungen bzw. Vollmachten bei der Umstellung der **Betreibervorauswahl** („Preselection“) eingeführt.

Ebenfalls in zweiter und dritter Lesung wollen wir das **Dritte Zivildienständerungsgesetz** verabschieden, das den Zivildienst insgesamt als Lerndienst ausgestaltet. Die Ausrichtung des Zivildienstes wird im Hinblick auf den Erwerb sozialer Schlüsselqualifikationen wie Verantwortungsbereitschaft, Kommunikations- und Teamfähigkeit verbessert. Zukünftig wird der Inhalt des Zivildienstes durch ein obligatorisches, qualifiziertes Dienstzeugnis dokumentiert.

Mit dem **Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD Programm „Stadtumbau Ost“ – Fortsetzung eines Erfolgsprogramms** nehmen

wir Bezug auf die Evaluationsergebnisse des Programms „Stadtumbau Ost“ und fordern die Bundesregierung auf, das Programm bis zum Jahr 2016 fortzuführen. Für den Programmzeitraum 2002 bis 2009 haben Bund, Länder und Kommunen insgesamt 2,5 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt, um dem in den ostdeutschen Bundesländern spezifischen Wohnungsleerstand zu begegnen. Aufgrund der Neubautätigkeit und des sich fortsetzenden Bevölkerungsrückgangs ist neuer Leerstand entstanden, der eine Fortsetzung des Programms erforderlich macht. So müssen im Zeitraum 2010 bis 2016 mindestens 200.000 bis 250.000 Wohnungen abgerissen werden. Auch wurde ein erheblicher Nachholbedarf bei der Sanierung von innerstädtischen Altbauten ermittelt. Unsere Vorschläge zielen auch darauf ab, private Hauseigentümer stärker in die Programmziele einzubinden.

Zahlen, Fakten, Wissenswertes

Studierwunsch immer stärker: Das Interesse junger Menschen an einem Studium wächst stetig. Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Erstsemester um sieben Prozent auf insgesamt 386.000 gestiegen. Damit lag der Anteil der Studienanfänger bei über 39 Prozent der entsprechenden Jahrgänge. Besonders stark fiel der Anstieg der Immatrikulationen an den Fachhochschulen aus: Knapp 134.000 junge Frauen und Männer nahmen im vergangenen Jahr ein Studium an einer der 189 Fachhochschulen im Bundesgebiet auf. Das entspricht einem Anstieg von zwölf Prozent gegenüber 2007. Dagegen nahm die

Zahl der Studienanfänger an den Universitäten nur um vier Prozent zu. Im Vergleich zum Rekordjahr 2003 bedeutet dies sogar einen Rückgang um fünf Prozent, während sich die Zahl der Einschreibungen bei den Fachhochschulen von 2003 bis 2008 um 22 Prozent erhöht hat. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Erfolgreiches Ausbildungsjahr 2008: Im vergangenen Jahr überstieg das Angebot an Ausbildungsstellen zum ersten Mal seit 2001 wieder die Zahl der Bewerber. Mit 14.500 lag die Zahl der unversorgten Bewerber deutlich unter der Zahl von noch unbesetzten Ausbil-

dungsstellen von 19.500. Insgesamt konnten 2008 über 600.000 neue Ausbildungsverhältnisse abgeschlossen werden. Dabei kamen auch Jugendliche, die bereits länger nach einer Lehrstelle gesucht hatten, zum Zuge.

Insgesamt allerdings ist die Zahl der neuen Ausbildungsverträge im Ausbildungsjahr 2008 um 1,5 Prozent leicht gesunken. Besonders stark fiel der Rückgang in den neuen Bundesländern aus, während in den alten mehrheitlich Zugewinne zu verzeichnen waren. Hauptgrund für den Rückgang ist die demographische Entwicklung: Der Rückgang der Gebur-

ten und der Wegzug jüngerer Menschen machen sich in Ostdeutschland in vielen Regionen bereits deutlich bemerkbar. (Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)

Vertrauen in die Politik gewachsen: Die Bürger in Deutschland haben wieder deutlich mehr Vertrauen in die politischen Institutionen. Knapp die Hälfte hat „großes“ oder „sehr großes“ Vertrauen in den Deutschen Bundestag; der Bundesregierung vertrauen 45 Prozent. Vor zwei Jahren hatten diese Werte mit 37 bzw. 36 Prozent noch deutlich niedriger gelegen. (Quelle: Infratest Dimap)

Bund muss Schienenstrecke Dresden-Prag in den Bundesverkehrswegeplan aufnehmen

Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich erwartet, dass die Bundesregierung den Neubau der Schienenstrecke Dresden-Prag in den Bundesverkehrswegeplan aufnimmt. Tillich, der vergangene Woche zu Gesprächen mit der Europäischen Kommission in Brüssel war und dort unter anderem den Generaldirektor der Generaldirektion Energie und Verkehr, Matthias Ruete, getroffen hatte, sagte: "Mit dem transeuropäischen Schienenkorridor (TEN) von den Nord- und Ostseehäfen über Berlin-Dresden-Prag nach Südosteuropa sind wir auf einem guten Weg: Brüssel weiß um die Bedeutung dieses Vier-Meere-Korridors. An diesem Projekt hängt nicht weniger als die wirtschaftliche Entwicklung ganzer Regionen in Ostdeutschland. Das ist der Grund, warum wir den Bundesverkehrsminister so sehr zur Anmeldung des Projektes in Brüssel drängen: der Schienenkorridor

insbesondere für den Güterverkehr von den Nord- und Ostseehäfen über Berlin-Dresden-Prag nach Südosteuropa muss kommen, damit Ostdeutschland wirtschaftlich und logistisch nicht abgehängt wird. Insofern begrüße ich sehr, dass der Bundesverkehrsminister nunmehr die Anmeldung des Projekts in Brüssel vorantreiben will. Für Sachsen sind das gute Nachrichten!"

Viele würden die Bedeutung dieses Schienenkorridors unterschätzen. "Dieser Korridor ist viel mehr als nur eine Verkehrsachse, er ist ein ganz entscheidendes Standortkriterium für die Ansiedlung von Unternehmen", so der Ministerpräsident. Neben der Förderung von Forschung und Entwicklung sei die Verbesserung der Infrastruktur die wichtigste Aufgabe für die Zukunft des Freistaates Sachsen.

Um der tatsächlichen Real-

sierung des Vier-Meere-Korridors noch mehr Nachdruck zu verleihen, komme es jetzt entscheidend auch auf das nationale Handeln des Bundes an: Die Bundesregierung müsse nun rasch auch auf der Schienenstrecke Dresden-Prag aktiv werden. Tillich: "Der Vier-Meere-Schienenkorridor wird von der Kommission nur dann als Bestandteil des zukünftigen europäischen Verkehrsnetzes anerkannt werden, wenn die Schienenstrecken auch im Bundesverkehrswegeplan verankert sind. Gegenwärtig überprüft das Bundesverkehrsministerium Änderungen am Bundesverkehrswegeplan aufgrund von zwischenzeitlich eingetretenen Wirtschafts- und Verkehrsentwicklungen. Sachsen erwartet, dass der Bund im Ergebnis dieser Überprüfung die Neubaustrecke Dresden-Prag in den Bundesverkehrswegeplan einordnen wird", so der sächsische Ministerpräsident.



Stanislaw Tillich
Ministerpräsident

Sachsen steht zu Qimonda und will den Chiphersteller halten



Steffen Flath
Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Steffen Flath, hat sich hinter staatliche Hilfen für den angeschlagenen Chiphersteller Qimonda gestellt. „Wir dürfen nichts unversucht lassen, den Chiphersteller Qimonda am Standort Dresden zu halten“, sagte Fraktionsvorsitzender Steffen Flath auf der Sondersitzung des Landtages zur Rettung des Unternehmens. Qimonda sei nicht nur für den Mikroelektronikstandort Dresden, sondern auch für den Hochtechnologiestandort Europa von zentraler Bedeutung. Es sei jedoch müßig darüber zu debattieren, wie die Hilfe des Freistaates im Einzelnen aussehen

könnte, so lange es keinen Investor gebe. „Nach Wochen der Investorensuche stehen wir immer noch mit leeren Händen dar. Hier steht der Insolvenzverwalter nach wie vor in der Pflicht. Erst wenn es einen Investor gibt, können wir über den gesamten Instrumentenkasten staatlicher Unterstützung reden.“, sagte Flath.

Der Fraktionsvorsitzende mahnte, bei der Auswahl möglicher staatlicher Hilfen einen kühlen Kopf und Verantwortungsbewusstsein zu beweisen. „Gerade in Krisenzeiten sollten wir gegenüber den Steuerzahlern

verantwortlich handeln. Und zur Verantwortung gehört auch die Erkenntnis, dass die Chipkrise auf dem Weltmarkt zu groß ist, um von einem kleinen Bundesland wie Sachsen allein bewältigt werden zu können“, sagte Flath. Er erinnerte an einen Grundsatz der CDU: „Die Rolle des Staates ist nicht die des Unternehmers.“ Gleichzeitig unterstrich Flath die Sonderrolle des Dresdner Mikroelektronikstandortes für Europa. „Wir haben es im Falle von Qimonda mit einem systemrelevanten Unternehmen auf europäischer Ebene zu tun“, so Flath.

Zwickauer CDU bereitet sich auf Stadtratswahlkampf vor

Am 13.03.09 fand unser Stadtparteitag statt, auf dem wir über die Liste unserer Stadtratskandidaten abgestimmt haben. Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass ich unsere Wahlliste anführen darf und sehe das als Ansporn und Verpflichtung zugleich und bedanke mich herzlich für das mit entgegengebrachte Vertrauen.

Nunmehr bleiben uns bis zur Kommunalwahl nur noch 10 Wochen. Gegenwärtig bereiten wir uns intensiv auf den zu führenden Wahlkampf vor und formulieren unserer Zielstellungen für die Gegenwart und die Wahlperiode bis 2014. Die Kernaussagen unserer Zielstellungen lauten: „Wirtschaft, Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ Dies sind wichtige Voraussetzungen für Wohlstand und Wachstum und ein funktionierendes Gemeinwesen. Die Förderung der Familie und die Schaffung von Anreizen für eine steigende Geburtenzahl lie-

gen uns ebenfalls besonders am Herzen. Es muss unserer Gesellschaft gelingen eine demographische Trendumkehr zu erreichen, um zumindest einen weiteren dramatischen Bevölkerungsschwund zu verhindern.

Die Bereiche Kultur, Schule, Sport und Tourismus werden wir weiterhin tatkräftig unterstützen.

Konkret setzen wir uns derzeit für die Realisierung der Gewerbeansiedlung auf dem Marienthaler RAW-Gelände ein und stehen zum Erhalt des Kornhauses mit der bevorzugten Nutzung als Stadtbibliothek. Wir wünschen uns, dass der Eigentümer des Kornhauses, die Kanada Bau GmbH, zu ihrer Zusage steht, das Kornhaus zu sanieren. Flankierend dazu werden wir der Oberbürgermeisterin bei der Erstellung und Beschlussfassung eines tragfähigen Finanzierungs- und Betreibungskonzeptes zur Seite stehen. Weiterhin setzen wir uns für den Bau eines neuen Hallenbades am

Standort Diesterwegschule in Schedewitz ein. Der Badneubau soll Mitte 2010 nach dem Abriss der maroden und schief stehenden Schule beginnen. Weiterhin steht in der nächsten Zeit die Umsetzung einer Vielzahl von Maßnahmen aus dem Konjunkturprogramm im Bereich Schulen, Kindertagesstätten und Infrastruktur auf dem Programm.

Wir stellen uns als CDU-Stadtratsfraktion diesen großen Herausforderungen und Aufgaben und gestalten diese aktiv mit. Im kommenden Wahlkampf müssen wir diese Positionen gemeinsam aktiv vertreten, um weiterhin erfolgreich zu sein. Bitte helfen Sie im Wahlkampf mit und unterstützen Sie unsere Kandidaten, damit wir unsere CDU-Positionen noch stärker im Stadtrat vertreten können.

Mit bestem Dank und einem herzlichem „Glück Auf“

Dr. Thomas Beierlein



Dr. Thomas Beierlein
Vorsitzender der CDU-Fraktion im Zwickauer Stadtrat

Vorgestellt:

Dr. Thomas Beierlein

Jahrgang 1948

Fraktionsvorsitzender der CDU im Zwickauer Stadtrat

Spitzenkandidat der Zwickauer CDU bei der Stadtratswahl am 7. Juni 2009

- * Mitglied Bau- und Verkehrsausschuss
- * Mitglied Ältestenrat
- * Mitglied im Aufsichtsrat der Senioren- und Seniorenpflegeheim gGmbH
- * Stellvertreter in der Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes Südwestsachsen

Stadtarchiv Zwickau bittet um Ihre Mithilfe

In diesem Jahr jährt sich die friedliche Revolution in der DDR vom Herbst 1989 zum 20. Mal.

Obwohl Zwickau nicht in dem Maße im Brennpunkt stand wie zum Beispiel die Städte Plauen und Leipzig, hat auch unsere Stadt Anteil am gesellschaftlichen Wandel 1989/90. Tausende Zwickauer haben an den Friedensgebeten und den Montagsdemonstrationen teilgenommen und damit ihren Willen zu gesellschaftlichen Veränderungen zum Ausdruck gebracht. Im Ergebnis dieser turbulenten Ereignisse wurden die meisten Menschen mit Neuen, für sie Ungewohntem konfrontiert, sei es die Währungsunion, die neuen Konsummöglichkeiten und Freiheiten, aber auch die Abwicklung der ehemals volkseigenen Betriebe. Für viele ging damit eine Neuorientierung und Neufindung des Platzes in der Gesellschaft einher.

All das und die Tatsache, dass sich die Ereignisse von 1989/90 im Stadtarchiv nur aus der Sicht amtlicher Dokumente widerspiegeln und dadurch eine umfassende und allseitige Aufarbeitung der Geschichte der friedlichen Revolution nicht möglich ist, veranlassen das Stadtarchiv Zwickau zu dem Aufruf an die Zwickauer Bürger:

„Teilen Sie uns Ihre Erinnerungen und Erfahrungen aus der Wendezeit mit!“

Für jede noch so kleine oder scheinbar unbedeutende Zuschrift und Bildmaterial sind wir dankbar.

Wir wollen die Erinnerung an diese Zeit für unsere jungen Menschen und die nachfolgenden Generationen bewahren.

Das Stadtarchiv ist dafür der geeignete Ort. Denn hier laufen die Informatio-

nen zusammen und werden gebündelt für die Nachwelt erhalten. Unsere Nachfahren möchten sicher ebenso wissen, wie das Leben in unserer Zeit verlief, wie wir uns für das Leben unserer Vorfahren interessieren.

Deshalb sollten wir die Gelegenheit nutzen, zurück zu schauen und die Ereignisse in Zwickau ins Gedächtnis zurück zu rufen.

- Wie verlief die friedliche Revolution in unserer Stadt?
- Welche Erwartungen hatten Sie in dieser Zeit?
- Was ist daraus geworden? Wie hat sich Ihr Leben verändert?

Sind heute die selben Dinge wichtig wie vor 20 Jahren?

Gesucht werden Erfahrungen, Berichte, persönliche Sichten zu dem Herbst 1989 in Zwickau sowie zu den darauf folgenden Monaten.

Mit diesem Aufruf stellt sich das Stadtarchiv das Ziel, Ereignisse, Erlebnisse und Eindrücke aus der Wendezeit und den letzten 20 Jahren in Wort und Bild festzuhalten und für die Zukunft zu bewahren.

So ist das Stadtarchiv zu erreichen:

Stadtarchiv Zwickau

Lessingstraße 1

08056 Zwickau

stadtarchiv@zwickau.de

Fax: 0375/834747

CDU-Kreisverband Zwickau organisiert Ausstellung „20 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“

Vom 15. bis 21 April in den Zwickau Arcaden zu sehen



Eine zeitgeschichtliche Ausstellung in 20 Plakaten

2009/2010 jähren sich die Friedliche Revolution und die Wiedervereinigung Deutschlands zum 20. Mal. An diese Ereignisse möchte auch der CDU-Kreisverband Zwickau erinnern. Er wird deshalb, im Rahmen der Tage der Demokratie und Toleranz, zu diesem Thema eine zeitgeschichtliche Ausstellung in Plakatform der Öffentlichkeit präsentieren. Diese Ausstellung wurde von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gemeinsam mit der gemeinnützigen Herbie-Stiftung erarbeitet.

Die Ausstellung wirft Schlaglichter auf die Entwicklung der Jahre 1989/90. Sie erinnert an den Protest gegen die Fälschung der DDR-Kommunalwahlen im Mai, die Fluchtbewegung im Sommer und die Massenproteste im Herbst 1989, die die SED-Diktatur schließlich in die Knie zwangen. Die Plakate berichten von der Selbstdemokratisierung der DDR, der deutsch-deutschen Solidarität und den außenpolitischen Weichenstellungen bis zur Wiedererlangung der Deutschen Einheit.

Die Ausstellung wird am 14. April um 20 Uhr feierlich eröffnet. Dazu sind alle Interessierten herzlich eingeladen.

Danach ist die Ausstellung vom 15. bis 21. April im Basement des Zwickau Arcaden zu sehen. Der Eintritt ist frei.

CDU KV Zwickau-Werdau

Kreisgeschäftsstelle
Hauptstraße 28/30
08056 Zwickau

Telefon: 0375-282710
Fax: 0375-294567
E-Mail: CDU-Zwickau@arcor.de



Wir lernen aus der Finanzkrise

Zeichnung: Sakurai

Termine März—April 2009

- | | | | |
|-----------------|--|-----------------|---|
| 27.03.09 | CDU Kreisparteitag im Cafe am Waldpark, Werdauer Str. 160, Zeit: 18 Uhr | 07.04.09 | Bürgersprechstunde von Dr. Michael Luther im Wahlkreisbüro, Hauptstr. 28 in Zwickau; Zeit: 15 bis 17 Uhr |
| 27.03.09 | erweiterte Kreisvorstandssitzung gemeinsam mit den Ortsvorsitzenden im Anschluss an den Kreisparteitag | 13.04.09 | Gartenfest der Sächsischen Union; Zeit: 11 Uhr; Ort: Dresden, Freiluft-Theater im Großen Garten |
| 01.04.09 | Wirtschaftsdialog der CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages; Ort: Glauchau | 14.04.09 | Feierliche Eröffnung der Ausstellung „20 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“; Ort.; Zwickau Arcaden; Zeit: 20 Uhr |

Impressum

POLITIK AKTUELL ist ein Informationsbrief von Dr. Michael Luther (V.i.S.d.P.).

Er ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Zwickau.

Haben Sie Fragen und Anregungen? Zögern Sie nicht, mit Dr. Luther in Kontakt zu treten! Er freut sich auf Ihre E-Mail unter michael.luther@bundestag.de.

Dr. Michael Luther erreichen Sie...

... im Wahlkreis: Hauptstraße 28
08056 Zwickau
Tel.: (0375) 29 17 79
Fax: (0375) 29 45 67
E-Mail: michael.luther@wk.bundestag.de

... in Berlin: Paul-Löbe-Haus, Raum 6.345
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 – 7 70 92
Fax: (030) 227 – 7 61 16
E-Mail: michael.luther@bundestag.de

CDU im Netz

www.michael-luther.de

www.cdu-zwickau-werdau.de